

Astrid Lorenz  
Werner Reutter (Hrsg.)

Ordnung und Wandel als  
Herausforderungen für Staat und  
Gesellschaft

Festschrift für Gert-Joachim Glaeßner

Verlag Barbara Budrich  
Opladen & Farmington Hills, MI 2009

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen  
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über  
<http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Gedruckt auf säurefreiem und alterungsbeständigem Papier.

Alle Rechte vorbehalten.

© 2009 Verlag Barbara Budrich, Opladen & Farmington Hills, MI  
[www.budrich-verlag.de](http://www.budrich-verlag.de)

**ISBN 978-3-86649-286-8**

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: disegno visuelle kommunikation, Wuppertal – [www.disenjo.de](http://www.disenjo.de)  
Druck: paper & tinta, Warschau  
Printed in Europe

# Inhaltsverzeichnis

Ordnung und Wandel als Herausforderungen für Staat und Gesellschaft – Einleitung <i>Astrid Lorenz und Werner Reutter</i> .....	9
<b>Ordnung und Wandel: Theoretische Grundlegungen</b>	
Politikwissenschaft als Reformwissenschaft <i>Wilhelm Bleek</i> .....	27
Die Mitte im Widerstreit: Konzentrische, exzentrische, zyklische und dialektische Modelle für die Sicherung der Mitte in der Geschichte des politischen Denkens <i>Herfried Münkler</i> .....	49
Verwaltungsreform und politische Ordnung: Management- und Demokratietheorien im kritischen Dialog <i>Eckhard Schröter</i> .....	85
Konstruktion und Wandel sozialer Normen: Die „Erfindung“ der Großmutter im 19. Jahrhundert <i>Gerd Göckenjan</i> .....	111
<b>Ordnung und Wandel in der Deutschen Demokratischen Republik</b>	
Intelligenz und Macht: Der Beitrag der intellektuellen Dienstklasse zu Stabilität und Wandel in der DDR <i>Dieter Segert</i> .....	129

Ordnung und Wandel im politisch-kulturellen Diskurs der DDR <i>Ian Wallace</i> .....	149
Paternalistische Gleichberechtigungspolitik und weibliche Emanzipation – Geschlechterpolitik in der DDR <i>Hildegard Maria Nickel</i> .....	167
<b>Ordnung und Wandel des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland</b>	
Nationale Identität <i>Henry Krisch</i> .....	187
Ordnung und Wandel des Grundgesetzes als Ergebnis des Wechselspiels von Politik und Recht <i>Astrid Lorenz</i> .....	205
Parteien, Parteiensystem(e) und Demokratie im Bundesstaat <i>Werner Reutter</i> .....	233
Nach der Wahl ist vor der Wahl. Deutschland im Dauerwahlkampf? <i>Wenke Seemann</i> .....	255
Das Verfahren zur Rekrutierung der Bundesverfassungsrichter: Reformbedürftige Schwachstelle eines Grundpfeilers der politischen Ordnung? <i>Silvia von Steinsdorff</i> .....	279
<b>Der Nationalstaat unter Stress: Reaktionen auf geopolitische Veränderungen, Globalisierung, europäische Integration</b>	
„Was bleibt“? – Deutsch-amerikanische Beziehungen und die Vereinigung <i>Peter H. Merkl</i> .....	307
Deutsche Außenpolitik zwischen Transatlantizismus und Europäisierung <i>August Pradetto</i> .....	323
Die neue deutsche Sicherheitsarchitektur: Wandel und Entwicklung der inneren Sicherheit in Deutschland im europäischen Kontext <i>Sebastian Bukow</i> .....	349

Zuwanderungspolitik in Deutschland unter der rot-grünen Bundesregierung – Zeitenwende oder Kontinuität? <i>Michael Maier-Borst</i> .....	371
Der entgrenzte Staat? Vom deutschen zum europäischen Grenzschutz <i>Mechthild Baumann</i> .....	399
Die Hochschulpolitik der Bundesrepublik im Wandel <i>Martin Nagelschmidt</i> .....	421
Anpassung im Wandel – Transformation und Europäisierung der (post-)sozialistischen Wohlfahrtsstaaten <i>Claudia-Yvette Matthes</i> .....	445
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren .....	465

## Paternalistische Gleichberechtigungspolitik und weibliche Emanzipation – Geschlechterpolitik in der DDR

### Einleitung

Anfang der 1970er Jahre verkündete der VIII. Parteitag der SED: „Wir gewährleisten allen Bürgern unseres Landes – Männern wie Frauen – gleiche Rechte, und wir können deshalb auch ohne Einschränkung sagen, dass in der Deutschen Demokratischen Republik die Gleichberechtigung der Frau verwirklicht ist“ (Lange 1974: 44). Neben dem Antifaschismus wurde die Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern stets als ein Symbol für die moralische Überlegenheit der DDR gegenüber der Bundesrepublik herangezogen. Auch der (westdeutsche) Soziologe Rainer Geißler bescheinigte der DDR in diesem Bereich einen „Modernisierungsvorsprung“ (Geißler 1992).

Bis heute stehen die Lebensentwürfe, Rollenbilder und das Erwerbsverhalten von Frauen in Ost und West in einem deutlichen Kontrast zueinander. Frauen aus der DDR können sich weder mit dem traditionellen bundesdeutschen Frauenbild identifizieren noch mit der westlichen feministischen Bewegung. Während viele ostdeutsche Frauen im Zuge der deutschen Einheit ihre beruflichen Positionen, ja ihre Erwerbsarbeit überhaupt verloren haben, gelang einer, was zuvor undenkbar war: Angela Merkel, promovierte Physikerin, wurde 2005 die erste Kanzlerin in der Geschichte der Bundesrepublik, und sie wies die Erwartung weit von sich, als Frau nun eine spezifische Politik betreiben zu wollen. Ihre Sozialisation in der DDR bedingte weder diesen Karrieresprung noch diese Einstellung zu Person und Amt, jedoch ist beides auch kaum ohne diesen Hintergrund zu verstehen.<sup>1</sup> Der vorliegende Beitrag untersucht die Entwicklung und den Wandel der Gleichberechtigungspolitik in der DDR und analysiert deren ordnungspolitische Bedeutung. Dass das kein bloß historisches Thema ist, wird nicht nur an der Person Angela Merkel deutlich.

---

1 Eine differenziertere Analyse dazu haben Studierende des Instituts für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin im Rahmen eines sozialwissenschaftlichen Projektes vorgelegt; vgl. Scholz 2007.

## Gleichberechtigungspolitik in der DDR

Die Einbeziehung der Frauen in die „gesellschaftliche Produktion“, das heißt in die Erwerbsarbeit, galt seit Gründung der DDR als der wichtigste und fundamentalste Schritt auf dem Wege zur weiblichen Emanzipation. Der Denktradition von Karl Marx, Friedrich Engels, August Bebel und Wladimir Iljitsch Lenin folgend schien das die Garantie für die ökonomische Unabhängigkeit der Frau und ihre intellektuelle und politische Selbständigkeit zu sein. Die Verankerung in der „gesellschaftlichen Produktion“ sollte Frauen vom „Joch“ und von der „Sklaverei“ der privaten Hausarbeit befreien und ihnen die Möglichkeit eröffnen, ihre Fähigkeiten und Talente im Interesse der Gesellschaft und des Aufbaus des Sozialismus voll zu entfalten. Solche und ähnliche Formulierungen finden sich in der ersten Verfassung der DDR, im Familiengesetzbuch und in den diversen Materialien, Berichten und Programmen von Partei und Gewerkschaft.

Die „Lösung der Frauenfrage“ war Teil der Klassenauseinandersetzung und insofern Regierungspolitik. Die Erfolge in dieser Frage wurden ideologisch bilanziert. Die Schritte, die im Rahmen dieser Gleichberechtigungspolitik von Frauen zu gehen waren, wurden an der männlichen Gangart gemessen. Berufsarbeit galt als wichtigste Sphäre gesellschaftlichen Lebens. Erwerbsarbeit war das „Herzstück sozialistischer Lebensweise“ und Bindemittel der „sozialistischen Menschengemeinschaft“. Anknüpfend an Forderungen, die in der Tradition der Arbeiterbewegung im Kampf um die Rechte der Frau standen, galten bestimmte Bedingungen als Grundvoraussetzungen der Gleichberechtigung. Dazu zählte die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, die gleichberechtigte Teilnahme der Frau an Bildung und am Prozess der gesellschaftlichen Produktion wie auch eine weitreichende Übernahme von familialen, privaten Reproduktions- und Versorgungsaufgaben durch die Gesellschaft (Nickel 1998).

Die Beseitigung wesentlicher sozialer Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern wurde in historisch kurzer Frist für möglich gehalten. Zwischen der Berufstätigkeit der Frauen, ihrer damit einhergehenden relativen ökonomischen Eigenständigkeit sowie ihrer realen Gleichstellung in allen Bereichen der Gesellschaft – ihrer Emanzipation – wurde ein zwangsläufiger Zusammenhang angenommen.

Eine Folge dieser verkürzten, letzten Endes ökonomistischen Auffassung über den Weg zur Geschlechtergleichheit war die nachrangige Bewertung von Fragen der Emanzipation im Sinne von Selbstbestimmung. Weitgehend unbeachtet blieb dabei auch die quasi „natürliche“ Reproduktion der in das Geschlechterverhältnis eingelassenen sozialen Konstruktionen von Hierarchie und Differenz. Dies implizierte, dass die „noch“ zu lösende Aufgabe der Gleichstellung von Frauen und Männern auf eine „Restgröße“, einen „Nebenwiderspruch“ zusammenschnurrte. Sie wurde auf die Beseitigung eines „Bewusstseinsrückstandes“ beziehungsweise eines traditionellen, aus der kapitalistischen Gesellschaft überkommenen Reliktes reduziert.

In dieses Konzept einer paternalistischen, „von oben“, das heißt: staatlich verordneten Gleichberechtigung flossen industriegesellschaftlich gültige Wertmuster der bürgerlichen Geschlechterordnung und traditionale kulturelle Muster von „Männlichkeit“ und „Weiblichkeit“ ein, die institutionell fortgeschrieben wurden (Dölling 1993: 26). So wurde etwa mit der These von der Befreiung der Frau durch ihre Einbeziehung in die Erwerbsarbeit die für Industriegesellschaften typische Trennung und Bewertung von „produktiver“ (bezahlter) Erwerbsarbeit und „unproduktiver“ Haus- beziehungsweise Reproduktionsarbeit übernommen. Zugleich wurde „Hausarbeit“ als im Wesentlichen auf einen „Haushaltstag“<sup>2</sup> zu reduzierende minderwertige, vornehmlich von Frauen zu leistende „natürliche“ Pflicht interpretiert.

Zusammengefasst lassen sich in der 40-jährigen Frauenpolitik der DDR folgende Phasen<sup>3</sup> unterscheiden:

1. Phase: *Frauenarbeitspolitik, Integration der Frauen in den Arbeitsprozess (1949 bis 1964):*

Diese Phase war zwar mit der beinahe vollständigen Integration aller erwerbsfähigen Frauen in die Arbeitswelt in den 1960er Jahren weitgehend abgeschlossen, sie bestimmte aber als grundsätzliche Orientierung die DDR-Frauenpolitik bis zum Schluss.

2. Phase: *Weiterbildung und Qualifizierung (1964 bis 1972):*

Frauensonderstudium, Bildungsoffensive und die verstärkte Qualifizierung von Frauen für technische Berufe sollten von der formalen Gleichberechtigung zur realen Gleichstellung der Geschlechter führen. Der flächendeckende Ausbau der gesellschaftlichen Kinderbetreuungseinrichtungen begleitete diese Phase der Frauenpolitik ebenso wie eine breite Kampagne gegen traditionelle Rollenverteilungen in der Organisation der Hausarbeit. Das Familienrecht wurde auf dem Hintergrund eines veränderten Rollenverständnisses reformiert. Die Gleichberechtigung beider Partner hatte den Rang eines Grundrechts, das auch eine entsprechende Ausgestaltung in dem am 1. April 1966 in Kraft getretenen Familiengesetzbuch gefunden hat. Dort heißt es: „[Die Gleichberechtigung] verpflichtet die Ehegatten, ihre Beziehungen zueinander so zu gestalten, dass beide das Recht auf Entfaltung ihrer Fähigkeiten zum eigenen und gesellschaftlichen Nutzen voll wahrnehmen können. Sie erfordert zugleich, die Persönlichkeit des anderen zu respektieren und ihn bei der Entfaltung seiner Fähigkeiten zu unterstützen“ (Helwig 1993: 11).

---

2 In der DDR wurde ein monatlich bezahlter Hausarbeitstag gewährt, der bis Ende 1976 nur vollbeschäftigten Müttern bzw. verheirateten Frauen auch ohne Kind(er) zustand. Erst 1977 wurde diese Vergünstigung auf vollbeschäftigte alleinstehende Väter mit Kindern unter 18 Jahren, sofern es die Betreuung der Kinder erforderte, ausgedehnt. Verheirateten Männern wurde der Hausarbeitstag nur in Ausnahmefällen gewährt. Sie mussten durch ärztliches Attest nachweisen, dass ihre Ehefrau ihren häuslichen Pflichten nicht nachkommen konnte.

3 Trappe (1995) unterscheidet fünf Phasen und orientiert sich dabei vor allem an sozialpolitischen Maßnahmen.

### 3. Phase: Vereinbarkeit von Beruf und Familie (1972 bis 1989):

Sinkende Geburtenraten und steigende Scheidungsquoten seit Mitte der 1960er Jahre führten sukzessive zu einer frauenpolitischen Kurskorrektur: Frauenpolitik wurde schrittweise in Familien- und Mütterpolitik gewandelt („Babyjahr“, „Ehekredite“, Arbeitszeitverkürzungen für berufstätige Mütter etc.).<sup>4</sup> Diese Verlagerung des Schwerpunktes begünstigte eine Re-Traditionalisierung der geschlechtlichen Arbeitsteilung und soziale Polarisierungen zwischen den Geschlechtern, die sich in Einkommensunterschieden, Differenzen hinsichtlich beruflicher Entwicklungsverläufe und Positionierungen wie auch in unterschiedlichen Zeitressourcen von Frauen und Männern manifestierten.

## Amalgamierung und Selbstbescheidung weiblicher Interessenpolitik im System

Ein konstitutives Prinzip des politischen Systems der DDR bestand im Postulat der Interessenidentität von Individuum und Gesellschaft (Trappe 1995). Die Unterordnung der Einzelinteressen unter die gesamtgesellschaftlichen Interessen erfolgte mit dem Ziel einer harmonischen, von Interessenkonflikten freien Gesellschaft. Das Spektrum zur Durchsetzung dieser Zielstellung reichte von der Ausschaltung der Akteure mit potenziell anderen Interessen aus dem Entscheidungszusammenhang bis hin zur Nichtzulassung von Institutionen, die Interessen autonom artikulieren und verteidigen wollten.

Der Prozess von Interessenaushandlung und das Austragen von Interessenkonflikten wurden durch eine paternalistische Praxis der Interessenvertretung ersetzt. Die Frauenpolitik war ein paradigmatisches Feld für einen solchen Politikstil. So kam der Sozialpolitik auch die Funktion der Vermittlungsinstanz zu, die die Interessentübereinstimmung von „werkstätigen Müttern“ und Parteiführung abpuffern sollte. Allerdings wäre diese Politik auch zum Scheitern verurteilt gewesen, wenn sie nicht reale Interessen von Frauen und „werkstätigen Müttern“ angesprochen hätte. Frauenpolitik konnte einerseits als eine auf die Bedürfnisse von Frauen zugeschnittene Politik erfahren werden, und sie stieß daher auf breite Zustimmung. Andererseits führte die paternalistische Fürsorgepolitik zu einer „Emanzipation von oben“; die Adressatinnen dieser Politik wurden nicht als autonome Subjekte wahrge-

---

4 So sind 1972 Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von „beruflicher und gesellschaftlicher Tätigkeit“ mit der „Mutterschaft“ verabschiedet worden, die 1976 durch die Einführung der 40-Stunden-Arbeitswoche für Mütter mit mindestens zwei Kindern unter 16 Jahren (die Normalarbeitszeit war 43 3/4 Stunden pro Woche), Verlängerung des Schwangerschafts- und Wochenurlaubs von 20 auf 26 Wochen, das bezahlte „Babyjahr“ vom zweiten Kind an ergänzt und erweitert wurden. 1986 wurde vom ersten Kind an das bezahlte „Babyjahr“ gewährt und die Freistellung zur Pflege erkrankter Kinder erweitert (Helwig 1993).

nommen. Politik wurde – das galt beispielsweise auch für das Recht auf Schwangerschaftsabbruch – nicht „ausgehandelt“, sondern beschlossen und verkündigt. „Paternalismus in den Entscheidungszentren (hieß): stellvertretende, günstigenfalls advokatorische Wahrnehmung von Interessen – besonders von Männern für Frauen“ (Meyer 1989: 431f.).

Dieses Prinzip der Stellvertreterpolitik war nicht nur mit einem Defizit an autonomer und authentischer Interessenartikulation verbunden, sondern es wies einen spezifischen Doppelcharakter auf. Einerseits beinhaltete es die Entmündigung derjenigen, die repräsentiert wurden, und die Unterdrückung eigeninitiiert Formen politischer Artikulation. Andererseits schloss es auch die persönliche Entlastung von Verantwortung durch Delegation ein, und es ersparte Eigeninitiative und persönliche Auseinandersetzung. Angesichts der Doppelbelastung der DDR-Frauen durch Beruf und Hausarbeit war diese Entlastung durchaus willkommen.

Insgesamt wurden die sozialpolitischen Rahmenbedingungen und die mit ihnen verbundenen normativen Vorgaben weniger als einengend denn „pragmatisch“ als entlastend wahrgenommen. Regelungen zur Verbindung von Beruf und Familie, in denen Frauen vorwiegend funktional als Arbeitskräfte und Mütter angesprochen waren, wurden nicht mit besonderer Dankbarkeit und Unterwerfung angenommen, sondern galten den Frauen zunehmend als ihnen selbstverständlich zustehend. Sie wurden von den „werk tätigen Müttern“ strategisch genutzt, denn sie ermöglichten es, ambivalente Handlungsanforderungen im Alltag zu integrieren. Die den Lebensalltag der meisten Frauen charakterisierende permanent zu leistende Balance zwischen Familien- und Berufsarbeit führte durchaus auch zu einer reflektierten, selbstbestimmten Verteilung von Zeit, Energie und Motivation (Gysi/Meyer 1993). Auf diese Weise entwickelten Frauen und Mädchen in der DDR subjektive Strukturen (Einstellungen, Verhaltensmuster), die ihnen das objektive Dilemma von Beruf und Familie lebbar machten. Dabei grenzten sie sich selbst zum Teil auch ab von bestimmten politischen und beruflichen Entwicklungen (Nickel 1990). Mutterschaft war ein akzeptabler Grund, nicht an vorderster Front kämpfen zu müssen, sowohl in politischer wie beruflicher Hinsicht.

Die paternalistisch-patriarchale Gleichberechtigungspolitik war strukturelle Grundlage dafür, dass Frauen und Männer trotz der zahlenmäßig beeindruckenden Belege über den scheinbar unaufhaltsamen Aufstieg der Frauen in der DDR sozial Ungleiche blieben. Zwar kann das Geschlechterverhältnis auf Grund der ökonomischen Unabhängigkeit der Frauen als vergleichsweise „flach-hierarchisiert“ bezeichnet werden, aber auf dem Hintergrund der vermeintlich bereits erfolgreich realisierten Gleichberechtigung in der DDR konnte „Mann“ auch weitgehend unkritisiert und unbehelligt an traditionellen Privilegien festhalten. Die sozialen Differenzen und das Machtgefälle zwischen Frauen und Männern wurden offiziell heruntergespielt, gestützt wurde das auch dadurch, dass die Frauenpolitik der DDR vielen im Westen als beispielhaft galt (Hampele 1993).

Die männliche Konstruktion der Gleichberechtigungspolitik und der ihr innewohnende Androzentrismus unterstellten Frauen einem entsprechenden Anpassungsdruck. Der Maßstab für Gleichberechtigung und für die Persönlichkeitsentwicklung von Frauen war männlich geprägt und orientierte sich vornehmlich an beruflichen Leistungen und Karrieren. Diese Art von Gleichberechtigungspolitik entließ Männer beinahe gänzlich aus ihrer Verantwortung als Väter und aus ihren Rechten und Pflichten gegenüber der nachwachsenden Generation.<sup>5</sup> Mütter galten auch im Scheidungsfall in der Regel als das Beste für ihre Kinder, so dass das Sorgerecht relativ automatisch den Müttern zugesprochen wurde.

Diese an einer „natürlichen“ Differenz zwischen den Geschlechtern festhaltende Gleichberechtigungspolitik prägte auch die berufliche Arbeitsteilung zwischen Frauen und Männern. „Wesensmäßig“ sind DDR-Frauen immer für die minder bewertete „Reproduktion“ im Privaten wie in der Gesellschaft zuständig gewesen. Damit unterschied sich der weibliche Lebenszusammenhang deutlich vom männlichen: Die Familie war zwar auch für Männer der DDR nicht unbedeutend, im Gegenteil, sie war ganz wesentlicher Rahmen männlicher Regeneration, aber sie war selten im selben Maße auch „Arbeit“. Dadurch perpetuierte sich das Ungleichheitsgefälle zwischen den Geschlechtern ständig aufs Neue. Denn eine Sozialpolitik, die einseitig auf die Vereinbarkeit von Mutterschaft und Beruf – statt Elternschaft und Erwerbstätigkeit – setzte, musste immer wieder neue Diskriminierungen und Benachteiligungen schaffen.

Die paternalistisch-patriarchale Gleichberechtigungspolitik, die Frauen teilweise zu Komplizinnen ihrer Entmündigung machte, verhinderte auch eine eigenständige politische Frauenbewegung und die Politisierung des Privaten. Aus Sicht der Frauen schien eine Bewegung von unten überflüssig zu sein. So haben die sozialpolitischen „Errungenschaften“ ihre innenpolitischen Effekte nicht verfehlt und möglichen Protest stillgelegt. Sie haben wesentlich zur Identifikation der DDR-Bürgerinnen mit ihrem Staat beigetragen (Gerhard 1994: 399).

## Frauen im Machtapparat

Die Präsenz von Frauen in den Machthierarchien lässt sich als eine vierstufige Pyramide (Meyer 1986; Hampele 1993) darstellen:

---

5 Einen ersten Schritt in Richtung der Überwindung von Rollenklischees war die seit dem 1. Mai 1986 geltende Regelung, dass sowohl das „Babyjahr“ als auch die Freistellung zur Pflege erkrankter Kinder „in begründeten Fällen, insbesondere aus Gründen der beruflichen Tätigkeit oder Qualifizierung der Mütter“ vom Vater in Anspruch genommen werden konnte (Helwig 1993: 18).

- Auf der Ebene der Grundqualifikationen und -tätigkeiten im öffentlichen Leben war die Verteilung paritätisch. So waren Frauen etwa zur Hälfte an den „politisch weniger qualifizierten“ Mitgliedschaften in den großen Massenorganisationen (FDGB und FDJ) und an ehrenamtlichen Funktionen (Elternaktiven, Schiedskommissionen, Schöffengerichten) beteiligt. Diese Parität der Grundqualifikationen, die „Chancengleichheit“ für den Aufstieg in der politischen Hierarchie anzeigen könnte, bildete allerdings nur den „Sockel“, auf dem „die Pyramide der Männer an der Macht“ (Meyer 1986: 302) sich erhob.
- In der Stufe der „Basisaktivitäten und mittleren Leitungsfunktionen“ leisteten Frauen eine „qualifizierte Mitarbeit“ mit einem Anteil von 25 bis 40 Prozent. Dies betraf allerdings Positionen, „deren Einflusschancen und tatsächliche Teilhabe an der Macht (...) wegen des oft sehr eingeschränkten Gewichts der hier genannten Organisationseinheiten im politischen Entscheidungsprozess sehr begrenzt (gewesen) sein dürften“ (Meyer 1986: 298). Gezählt wurden hierzu neben Leitungsfunktionen in der Wirtschaft (Frauenanteil 15 bis 20 Prozent), Schulleiter, Volksvertretungen, Bürgermeister und Leitungspositionen in den Partei- und Bezirksleitungen.
- In den höheren Leitungsfunktionen der Wirtschaft, Politik und Verwaltung, den politisch und administrativ wichtigen Machthierarchien der DDR, bildeten Frauen die „kleine Minderheit“ (5 bis 20 Prozent). Forciert wurde die Machtasymmetrie dadurch, dass es eine horizontale Zuständigkeitsverteilung gab. Zu den höheren Leitungsfunktionen wurden die staatlichen Gremien Staatsrat (ein Fünftel Frauen, aber nicht auf den hauptamtlichen Positionen), Räte der Bezirke (20 Prozent Frauen), Bezirksvorstände von Nationaler Front, FDGB und FDJ (5 bis 20 Prozent Frauen) gezählt sowie die SED-Gremien Zentralkomitee, Sekretäre der Kreis- und Bezirksleitungen und hauptamtliche Sekretäre der Grundorganisationen (Hampele 1993: 290).
- An der Spitze der Pyramide, in zentralen Führungsgremien beziehungsweise Spitzenpositionen von Partei und Staat waren Frauen nur vereinzelt vertreten. Im Politbüro, dem wichtigsten politischen Entscheidungsorgan, waren zwei Frauen „Kandidat“ ohne Stimmrecht, eine davon Inge Lange, zuständig für das Ressort „Frauenfragen“.

Wie der „demokratische Zentralismus“ funktionierte, lässt sich an der Frauenpolitik veranschaulichen. Die Arbeitsgruppe Frauen (seit 1961 geleitet von Inge Lange) beziehungsweise die Frauenabteilung beim Zentralkomitee (ZK) der SED (mit den ihr nachgeordneten Frauenkommissionen bei Bezirks- und Kreisparteileitungen) war für die Frauenpolitik der Partei verantwortlich, indem sie die entsprechenden Kommissionen der Bezirksleitungen „anleitete“, die Umsetzung von Parteibeschlüssen kontrollierte sowie die Arbeit im Demokratischen Frauenbund Deutschlands (DFD) lenkte. Darüber hinaus legte die Frauenabteilung beim ZK der SED unter der Leitung von Inge Lange

(selbst nicht stimmberechtigt) Vorschläge und Entwürfe zur Frauenpolitik vor, die vom ZK der SED verabschiedet werden mussten. Daneben existierte seit 1962 eine Frauenkommission beim Politbüro, ebenfalls unter Vorsitz von Inge Lange, der neben hauptamtlichen Mitgliedern auch Vertreterinnen aus Wissenschaft, Wirtschaft, Staatsapparat und Massenorganisationen angehörten. Sie unterstützte die Arbeit der ZK-Abteilung (Hampele 1993: 291).

Eine besondere Rolle spielte der Demokratische Frauenbund Deutschlands (DFD), die „sozialistische Massenorganisation“ für Frauen. Hier waren rund 1,4 Millionen Frauen organisiert. Zumeist solche Frauen, die durch SED und FDGB schwer erreichbar waren: Hausfrauen, Frauen aus Handwerk und Kleingewerbe, Landfrauen, christliche Frauen. Der DFD konzentrierte seit Beginn der 1950er Jahre seine Aktivitäten auf den kommunalen Bereich und moderierte in Fragen der Wohnungspolitik, der Planung von Kindereinrichtungen und der gesundheitlichen Fürsorge. Darüber hinaus hatte er eine „erzieherisch-mobilisierende Rolle“ und organisierte traditionell weibliche Freizeitaktivitäten (z.B. Koch- und Strickkurse). Seine politisch-kritische Funktion hatte er spätestens im Jahre 1957 mit der Anerkennung der führenden Rolle der SED in seinem Statut aufgegeben. Seither hatte er Nachwuchsprobleme, vor allem bei jüngeren Frauen. Bedeutsam war bis zum Ende der DDR seine repräsentative Funktion nach außen. Die DDR-Frauenpolitik wurde auf internationalem Parkett von Ilse Thiele, langjährige Vorsitzende des DFD, vertreten.<sup>6</sup>

## **Machtasymmetrie in der Erwerbsstruktur**

Die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern ist nicht bloß unterschiedliche Zuständigkeit für gleichwertige Aufgaben, sondern sie ist immer auch ein Machtverhältnis. Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und soziale Ungleichheit, Herrschaft und Unterordnung bilden einen Kreislauf, der auch in der DDR nicht wirklich durchbrochen worden ist (Nickel 1993).

Ende der 1980er Jahre waren in der DDR 78,1 Prozent aller Frauen im erwerbsfähigen Alter berufstätig. Bezieht man die Studierenden und Lehrlinge mit ein, so waren es sogar 91,2 Prozent. Davon hatten 87 Prozent eine abgeschlossene berufliche Ausbildung.

---

<sup>6</sup> Detaillierte Forschungsergebnisse zum DFD wie zur politischen Partizipation von Frauen in der DDR finden sich bei Hampele (1993).

**Tabelle 1:** Anteil der weiblichen Berufstätigen in den Wirtschaftsbereichen in der DDR (in Prozent)

	1949	1969	1970	1980	1989
Industrie	25,5	42,0	42,5	43,3	41,0
Handwerk	34,9	39,9	40,1	38,0	36,7
Bauwirtschaft	9,3	13,0	13,6	16,2	17,2
Land- und Forstwirtschaft	56,8	46,0	45,8	41,5	37,4
Post- und Fernmeldewesen	15,2	35,9	36,0	70,4	69,0
Handel	54,0	69,0	69,2	72,8	71,9
Nichtproduzierende Bereiche	55,4	69,9	70,1	72,9	72,6
<i>Darunter:</i>					
- Bildungswesen	-	-	-	76,3	77,0
- Gesundheitswesen	-	-	-	83,6	83,1
- Sozialwesen	-	-	-	93,8	91,8

Quelle: eigene Zusammenstellung aus statistischen Kennziffersammlungen der DDR.

Zum einen sind das Indikatoren für den „Gleichstellungsvorsprung“ der Ost gegenüber den Westfrauen (Geißler 1992) und ein – wenigstens in Ansätzen – selbstbestimmtes Frauenleben. Zum anderen stehen diese Daten aber auch für die beschriebene paternalistische Politik und Ideologie. „Handfeste“ Zahlen verschleierte, verzauberte und verdeckte die alltäglichen Benachteiligungen und Diskriminierungen von Frauen. Frauen hatten (wie Männer) nicht nur das Recht, sondern in der Regel auch die Pflicht zur Berufsarbeit. Schon allein wegen der materiellen Absicherung der Familien mussten Frauen in der Regel erwerbstätig sein. Die Einkommens- und Gehaltsstruktur benachteiligte insgesamt zwar Frauen; sie verdienten circa 25 bis 30 Prozent weniger als Männer (Tabelle 2). Das Einkommen war aber auch bei den Männern so niedrig, dass keine Familie ausschließlich davon leben konnte. Für die circa 30 Prozent allein erziehenden Frauen war die Erwerbsarbeit ohnehin eine Existenzvoraussetzung (Gysi/Meyer 1993; Nickel 1993).

**Tabelle 2:** Nettolöhne (Mark der DDR)

	1980	1985	1989
Vollbeschäftigte Männer	819,-	927,-	1.009,-
Vollbeschäftigte Frauen	585,-	694,-	762,-
<b>Differenz</b>	<b>234,-</b>	<b>233,-</b>	<b>247,-</b>

Quelle: Statistische Kennziffersammlung, Staatliche Zentralverwaltung, eigene Berechnung.

Arbeitsmärkte sind in allen entwickelten Industrieländern geschlechtsspezifisch segmentiert. Was aber jeweils als Frauen- oder Männerarbeit definiert und zugewiesen wird, ist dabei durchaus variantenreich und flexibel. Dies zeigten

auch die Entwicklungen in der DDR. Von den erforderlichen formalen Qualifikationsabschlüssen her gesehen, strebten Mädchen wie Jungen in der DDR einen zertifizierten (Facharbeiter-)Berufsabschluss an. Die Berufswahl führte sie aber in getrennte Wirtschaftsbereiche und Berufsgruppen. Mit der Berufswahl der Schulabsolventen setzte sich eine Geschlechterpolarisierung deutlich fort, die seit Ende der 1960er Jahre in der DDR nachhaltig gepflegt wurde: Mehr als 60 Prozent der Schulabgängerinnen des Jahres 1987 verteilten sich beispielsweise auf nur 16 von insgesamt 259 Facharbeiterberufen (Tabelle 3).

*Tabelle 3:* Verteilung auf Facharbeiterberufe 1988  
(absolut und in Prozent)

Facharbeiterberufe (FA)	Anzahl der Auszubildenden insgesamt (abs.)	davon weiblich	
		(abs.)	(in %)
Fachverkäufer	8.363	8.069	96,5
Wirtschaftskaufmann	7.143	6.817	95,4
Facharbeiter für Schreibtechnik	6.783	6.702	99,7
Facharbeiter für Textiltechnik	3.099	2.921	94,3
Koch	5.598	3.225	57,6
Kellner	3.274	2.674	81,7
Facharbeiter für Tierproduktion	3.687	2.673	72,5
Kleidungs-facharbeiter	2.565	2.558	99,7
Gärtner	2.338	1.950	79,1
Friseur	1.911	1.819	95,2
Facharbeiter für Datenverarbeitung	1.950	1.429	73,3
Maschinenbauzeichner	1.473	1.409	95,7
Facharbeiter für Eisenbahnbetrieb	2.057	1.357	66,0
Finanzkaufmann	1.399	1.289	92,1
Backwarenfacharbeiter	2.130	1.234	57,9
Facharbeiter für Postverkehr	1.309	1.201	91,7

Quelle: Zentralinstitut für Berufsbildung der DDR 1989.

Einige dieser Berufe (beispielsweise Friseur, Finanzkaufmann) zählten zu den so genannten „Wunschberufen“ der Mädchen. Sie waren demzufolge „überfragt“. In weiteren circa 23 Facharbeiterberufen belief sich der Mädchenanteil auf etwa 50 Prozent (beispielsweise bei Feinmechanikern oder Facharbeitern für automatisierte Anlagen). In rund 48 Facharbeiterberufen betrug der Anteil der Mädchen an den Lehrlingen nur zwischen 1 und 5 Prozent (beispielsweise bei Klempnern, Installateuren, Facharbeitern für Bedien-, Mess-, Steuer- und Regeltechnik). Offiziell durfte nur die männliche Form in der Bezeichnung von Facharbeiterberufen (FA) verwendet werden. Das galt auch für Berufe, die überwiegend von Frauen ausgeübt wurden, wie zum Beispiel der Fachverkäufer. Auch in diesem Punkte waren paternalistische Gleichstellungspolitik und Frauenbewusstsein auf erstaunliche Weise kon-

form. DDR-Frauen halten bis heute oft an ihren männlichen Berufsbezeichnungen fest. Die männliche Berufsbezeichnung galt vielen DDR-Frauen als Indikator dafür, dass sie im Beruf – den Männern gleich – „ihren Mann standen“ und sie damit den Makel des Weiblichen abgelegt hatten.

Der geschlechtstypischen Berufswahl lagen nicht einfach individuelle Orientierungen zugrunde, sondern objektive Strukturen in der DDR-Wirtschaft. Die zentralistische Planung des Berufsbildungswesens beinhaltete, dass Mädchen von vornherein überwiegend in solche Facharbeiterberufe „verplant“ wurden, die bereits einen hohen Frauenanteil aufwiesen. Traditionelle Geschlechterstrukturen wurden auf diese Weise „planmäßig“ fortgeschrieben.

Diese Mischung aus ökonomischem Bedarfsdenken und traditionellen Rollenbildern sorgte dafür, dass es bis in die 1960er Jahre hinein deutliche Verschiebungen in den Frauenbeschäftigungsquoten der Wirtschaftssektoren gab (Tabelle 1). In diesem Zeitraum stieg der weibliche Beschäftigtenanteil generell, und es wurde offensiv dafür geworben, Frauen für gewerbliche Berufe in der Industrie zu gewinnen. Seit Ende der 1960er Jahre blieben die Erwerbsquoten in den Wirtschaftssektoren jedoch relativ konstant, mehr noch: Sie verschoben sich sogar wieder zugunsten einer traditionellen Geschlechterverteilung und stereotyper Frauen-Männer-Berufe. Faktisch war für Mädchen das Berufswahlfeld zunehmend wieder strukturell eingegrenzt und beschränkte sich schließlich im Wesentlichen auf traditionelle Frauenberufe. Der Kampf der Mädchen um lukrative Angebote war demzufolge härter als für Jungen. Oft waren sie gezwungen, auf „Notlösungen“ zurückzugreifen oder „Übergangslösungen“ zu akzeptieren. Das heißt, sie erlernten einen Beruf, von dem sie von vornherein wussten, dass sie ihn nach Beendigung des Ausbildungsverhältnisses nicht ausüben würden.

Betriebe und Kombinate versuchten zunehmend, den Anteil von Berufseinsteigerinnen in zukunftssträchtigen technischen Berufen zu vermindern und stattdessen mehr männlichen Nachwuchs zu rekrutieren. Sie begründeten ihre interne Betriebsstrategie mit klassischen, Frauen ausgrenzenden Argumenten:

- hohe Ausfallquoten der Frauen (infolge der sozialpolitischen Maßnahmen, die auf eine Vereinbarkeit von Mutterschaft und Berufstätigkeit abzielten)
- männliche Arbeitskraft erfordernde Arbeitsbedingungen und Arbeitsaufgaben (physische Anforderung, denen Frauen und Mädchen nicht gerecht werden können)
- hohe Fluktuationsrate der Frauen
- technisches Desinteresse und geringe Motivation des weiblichen Nachwuchses
- fehlende soziale und hygienische Einrichtungen für Mädchen und Frauen in den Betrieben (Zentralinstitut für Berufsbildung 1989).

Seit Mitte der 1970er Jahre waren vor allem solche Stellenangebote für Mädchen und junge Frauen rückläufig, die sich im Zentrum der Technikgestal-

tung befanden, wie beispielsweise Wartungsmechaniker für Datenverarbeitung und Büromaschinen (von 30,1 auf 18,4 Prozent), Elektronikfacharbeiter (von 49,7 auf 20,1 Prozent), Elektromonteur (von 7,9 auf 3,7 Prozent), Facharbeiter für Bedien-, Mess-, Steuer- und Regel-(BMSR)-Technik (von 25,9 auf 8,4 Prozent). In manchen Bereichen der Informationstechnik, die auf Fingerfertigkeit setzten, wuchs allerdings der Frauenanteil wie zum Beispiel in der Chipproduktion. Auch der Facharbeiter für Datenverarbeitung (1988: 73,5 Prozent) und der gesundheitlich außerordentlich problematische Facharbeiter für chemische Produktion (79,1 Prozent) waren Frauenberufe.

Ähnlich polarisiert wie bei den Facharbeiterberufen war die Einmündung in Fach- und Hochschulstudiengänge: 96 Prozent aller zugelassenen Fachschüler in medizinischen Fachrichtungen (Krankenschwestern, medizinisch-technisches Personal, Physiotherapeuten), pädagogischen Fachrichtungen (Krippenerzieherinnen, Kindergärtnerinnen, Unterstufenlehrerinnen) und künstlerischen Fachrichtungen waren Mädchen. Der Frauenanteil am Fachschuldirektstudium betrug 82 Prozent. Obwohl die Ausbildungszeit länger war als bei den Facharbeiterberufen – sie dauerte vier gegenüber zwei Jahre –, war das Einkommen vergleichsweise niedrig. Diese Ausbildungsgänge waren schon deshalb für Jungen unattraktiv. Für Mädchen bildeten sie aber oft die Alternative zu den wenigen lukrativen Facharbeiterberufen, die ihnen offen standen.

Im Hochschuldirektstudium waren es 1989 die folgenden Fachrichtungen, in denen der Frauenanteil überwog: Wirtschaftswissenschaften, Pädagogische Wissenschaften, Literatur-/Sprachwissenschaften und Medizin. Hochschulstudiengänge mit dem niedrigsten Frauenanteil waren hingegen: technische Wissenschaften, Kultur/Kunst/Sport, Staat/Recht und Mathematik/Naturwissenschaften. Die Physikerin Angela Merkel war also auch in der DDR eher eine Ausnahmeerscheinung, die sich in einem frauenuntypischen Bereich „durchkämpfen“ musste.

*Tabelle 4:* Entwicklung des Frauenanteils an den Hochschulen/Universitäten in der DDR (in Prozent)

Jahr	Frauenanteil an allen Studierenden an Hochschulen/Universitäten der DDR
1949/50	28,4
1952/53	20,4
1960/61	25,0
1969/70	34,0
1970/71	25,8
1975	48,2
1985	50,1
1989	48,6

Quelle: Die Frau in der Deutschen Demokratischen Republik. Statistische Kennziffernsammlung. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik 4.9/229/89 und eigene Berechnungen.

Mit der formalen Angleichung des beruflichen Qualifikationsniveaus waren zwar gravierende soziale Unterschiede zwischen den Geschlechtern in der DDR beseitigt, das hieß aber nicht, dass Männer und Frauen damit automatisch auch gleiche Bedingungen, Chancen und Ressourcen im Beruf und Erwerbsleben hatten. „Gleicher Lohn für gleiche Leistung“ war zwar eine viel zitierte Formel sozialistischer Gleichberechtigungspolitik, aber dieses Prinzip musste vor dem beschriebenen Hintergrund zu einer Floskel verkommen. War das durchschnittliche Monatseinkommen generell nicht üppig, so vollzog sich die Einkommensentwicklung auch nach Wirtschaftszweigen, Berufsgruppen und ministerieller Zuständigkeit unterschiedlich, und zwar umgekehrt proportional zum Frauenanteil in den jeweiligen Bereichen. Frauen waren überdurchschnittlich in solchen Wirtschaftszweigen und Berufsgruppen beschäftigt, die unterdurchschnittlich an der Einkommensentwicklung teilhaben konnten. Darüber hinaus waren Frauen auch noch unterdurchschnittlich in Leitungspositionen vertreten, so dass sich insgesamt ein deutliches Lohngefälle zuungunsten von Frauen ergab.

## Gegenentwürfe und Suchbewegungen

Seit den 1970er Jahren entwickelte sich in der DDR ein „literarischer Feminismus“, der auch die westdeutsche Frauenbewegung beeinflusste. Schriften von Maxi Wander, Irma Traud Morgner und Christa Wolf gehörten zu den Kultbüchern in Ost und West (Gerhard 1994: 399).

Die Literatur von DDR-Schriftstellerinnen stellte eine Teilöffentlichkeit her, in der kritische Gegenpositionen zur Parteipropaganda formuliert und alternative Weiblichkeitskonstruktionen modelliert werden konnten. Diese literarischen Gegenentwürfe dienten zum Teil auch als intellektueller, diskursiver Kristallisationspunkt für die Verständigung in den vielen kleinen oppositionellen Frauengruppen, die sich Ende der 1970er Jahre in der DDR bildeten.<sup>7</sup> Ihre Suchbewegungen stützten sich nicht selten auf Fragen, die beispielsweise von Maxi Wander in ihrem Protokollband „Guten Morgen, Du Schöne“ aufgeworfen worden sind. Die von Wander interviewten Frauen setzen sich selbstbewusst und kritisch mit männlichen Vorgaben auseinander. Die Norm, im Beruf wie ein Mann zu sein, und zugleich traditionellen Weiblichkeitsattribuierungen zu entsprechen, wird von ihnen nicht mehr akzeptiert, mehr noch männliche Karrieremuster werden als defizitär charakteri-

---

7 Hampele (1993) zeigt, dass diese Frauengruppen kein „mobilisierender kollektiver Akteur“ waren, sondern kleine Gruppen mit stark begrenzten Aktions- und Mobilisierungsmöglichkeiten. „Aber zwei Aspekte rechtfertigen es, von ‚Bewegung‘ zu sprechen: Die Initiativen und Gruppen standen über Jahre hinweg miteinander in Kommunikation und organisierten Treffen und Aktionen und sie konnten als ‚sozialisierende Gruppen‘ über ihre unmittelbaren Mitglieder hinaus sensibilisieren und Diskussionen anregen“ (Hampele 1993: 302).

siert. Die DDR-Frauen-Literatur diente dazu, über einen spezifisch „weiblichen Lebenszusammenhang“ nachzudenken und über das Patriarchat unter sozialistischen Bedingungen. Sie füllte insofern auch eine Lücke aus, die dadurch entstand, dass es in der DDR keine kritische Frauenforschung gab.

Allerdings gab es in beachtlicher Fülle Forschung *über* Frauen. Diese Forschungen brachten wichtige Befunde hervor, hatten jedoch ihre Grenzen (Nickel 1990):

- Frauen wurden weitgehend funktional betrachtet. Sie wurden auf ihre wirtschaftliche, biologische und/oder politische Funktion zurückgestutzt. Frauen interessierten nicht in ihren konkreten Lebenszusammenhängen, sondern als Arbeitskräfte, politische Funktionäre, Leitungskader, Gebärende und/oder als Mütter.
- Es ging in „objektiven“ Analysen um die „optimale“, gesellschaftliche Verteilung von Frauen auf Qualifikationsgruppen, Berufe, Leitungsfunktionen. Gemessen an männlichen Leistungen wurde darin beurteilt, was Frauen schon „ganz gut“ machen und was sie noch lernen müssten. So gesehen, handelte es sich über weite Strecken um Defizit- statt um Differenz- oder Gleichheitsforschung. Vermeintliche weibliche Defizite sollten zur Erreichung „höherer“, meist wirtschaftlicher Zwecke, überwunden werden, vor allem durch den Fleiß und die Anstrengung der Frauen selbst. Die gesellschaftlichen Defizite beziehungsweise die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern in der Ausstattung mit materiellen, zeitlichen, sozialen, kulturellen Möglichkeiten standen nicht im Blickpunkt.
- Die Forschungen waren parteilich im Sinne der herrschenden Ideologie und Apparate, nicht aber feministisch und damit gesellschaftskritisch. Sie hatten keine Frauenbewegung im Rücken, dafür die Abteilung „Frau“ beim Zentralkomitee der SED im Nacken. Sie hatten Legitimationsleistungen zu erbringen und demzufolge Anteil am Mythos vom erfolgreichen Voranschreiten der Gleichberechtigung in der DDR. Sie hatten Anteil an den Tabuisierungen der realen Lebensverhältnisse von Frauen und an der Stilllegung und Verkümmern eines kritischen Frauenbewusstseins in der DDR.

## Was bleibt?

Die DDR gilt als ein – an der westlichen Moderne gemessen – rückständiges Sozialgebilde. Nur in puncto Frauen wurde bereits Anfang der 1990er Jahre ein „Gleichstellungsvorsprung“ im Osten konstatiert. In der DDR war qualifizierte Berufstätigkeit von Frauen eine Selbstverständlichkeit. Dafür sorgte eine Vereinbarkeitspolitik, die auf Ganztagsbetreuung in Kindergärten und Schulen setzte und die Erwerbstätigkeit von Müttern zur Norm erhob. Der Grad der an der Erwerbsarbeit festgemachten weiblichen Emanzipation galt

als Maß der gesellschaftlichen Emanzipation. Dieses Gleichberechtigungsmodell war zwar mit enormen Belastungen für Frauen verbunden, es führte aber auch – bei aller Ungleichheit zwischen Frauen und Männern – zu einer weitgehenden ökonomischen Angleichung der Geschlechter und zur finanziellen und rechtlichen Unabhängigkeit der DDR-Frauen von männlichen Ernährern.

Was bedeuten die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen im vereinten Deutschland für Ost-Frauen? In einer Gesellschaft wie der Bundesrepublik Deutschland, in der das männliche ErnährermodeLL erodiert und die Lebenschancen wie auch die soziale Absicherung von Frauen und Männern zunehmend von ihrer beider Teilhabe an Erwerbsarbeit abhängen, kommt es zu einer „nachholenden Modernisierung“, was das Geschlechterverhältnis betrifft. Zwangsläufig rückt – was den Ost-Frauen vertraut und selbstverständlich ist – Frauenerwerbsarbeit als Grundvoraussetzung von Gleichstellung nun auch hier ins politische Blickfeld.

Sieht man sich die empirischen Befunde an, so zeigt sich zweierlei: Erstens, was kaum überraschen dürfte, Ost- wie West-Frauen sind erwerbsmäßig deutlich schlechter gestellt als Männer; zweitens – und das ist im Vereinigungsprozess nicht unbedingt erwartet worden – scheinen die zu DDR-Zeiten erreichten sozialen Angleichungsprozesse im Geschlechterverhältnis relativ resistent zu sein. Trotz einer Annäherung der Erwerbsquoten von Frauen und Männern auch in den alten Bundesländern unterscheidet sich die Erwerbsbeteiligung von Ost- und West-Frauen noch deutlich. In Ostdeutschland liegen die Erwerbsquoten von Frauen und Männern mit 72 Prozent beziehungsweise 80 Prozent wesentlich dichter beieinander als in Westdeutschland, wo die Erwerbsquote der Frauen bei 62 und die der Männer bei 80 Prozent liegt. Auch die Teilzeitquote der Frauen unterscheidet sich gravierend. Sie liegt bei West-Frauen bei 42 und bei Ost-Frauen bei 23 Prozent. Auch ohne den politischen Druck zur Erwerbstätigkeit ist der Anspruch darauf also sehr stark ausgeprägt.

Und schließlich noch dieser Befund: Während in den alten Bundesländern im Jahr 2000 fast doppelt so viele Männer wie Frauen in Führungspositionen tätig waren (20,8 Prozent zu 11,1 Prozent), lagen in den neuen Bundesländern Frauen (12 Prozent) und Männer (14,4 Prozent) dicht beieinander (Granato 2004). Das alles führt dazu, dass im Fall von Vollzeitbeschäftigung die Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern in Ostdeutschland nahezu ausgeglichen sind, während Frauen in Westdeutschland immer noch nur knapp 75 Prozent des Bruttoeinkommens der Männer verdienen (Granato 2004).

Entwickeln Ost-Frauen – das ist eine immer wieder gestellte Frage – möglicherweise auch fast 20 Jahre nach dem Fall der Mauer immer noch einen, sich aus der DDR-Sozialisation erklärenden Eigensinn? Neue strukturelle Zwänge und durch Sozialisation erworbene Mentalitäten von Ost-Frauen bilden anscheinend eine widersprüchliche, vielschichtige Gemengelage: Einerseits wurde der Arbeitsmarkt in den vergangenen Jahren spürbar enger, andererseits

halten Frauen aus den neuen Bundesländern, trotz sich verschlechternder struktureller Rahmenbedingungen, an dem Modell weiblicher Vollzeitbeschäftigung fest. Das erklärt sich nur zum Teil aus materiellen Nöten, vielmehr verweist es auch auf eine immer noch stärker arbeitszentrierte Lebensweise, die in der Bundesrepublik traditionell mit männlicher Identität assoziiert wird. Auf der einen Seite erfahren Ost-Frauen anscheinend auch immer noch andere, nämlich stärker am Muster gleichberechtigter weiblicher Erwerbsarbeit orientierte, vergleichsweise „flach-hierarchisierte“ Partnerbeziehungen; auf der anderen Seite sind sie in der Betriebswelt jedoch mit einer massiver werdenden Geschlechterkonkurrenz konfrontiert. Und schließlich mussten Ost-Frauen im Vereinigungsprozess einesteils häufig die Entwertung ihrer beruflichen Qualifikation und Erfahrungen hinnehmen, und sie erlebten anderenteils zugleich parallel eine symbolische Aufwertung von „Mütterlichkeit“ und „Weiblichkeit“.

Die aktuelle Diskussion um den Ausbau von Kinderbetreuungsmöglichkeiten und Ganztagschulen findet auf dem Hintergrund eines latent schlechten Gewissens von Ost-Frauen ihren Kindern gegenüber statt, und die nun auch im Westen sich durchsetzende Generalisierung von Frauenerwerbsarbeit trifft auf die Prekaritätserfahrung, die Ost-Frauen trotz hoher „Erwerbsneigung“ mittlerweile machen mussten. Bei dieser Gemengelage scheinen Brüche in den Handlungsstrategien vorprogrammiert zu sein. Die Ambivalenz weiblicher Lebenskonzepte wird sich in Ost und West zwar unterschiedlich, bis auf Weiteres aber fortschreiben. Der „Geschlechterpluralismus“ (Lenz 2007) der Transformation führt zu komplexeren, vielschichtigeren und komplizierteren sozialen Lagen von Frauen und Männern in Ost und West, zu Uneindeutigkeiten im Geschlechterverhältnis. Angela Merkel symbolisiert möglicherweise genau das.

### *Literatur*

- Dölling, Irene (1993): Gespaltenes Bewußtsein – Frauen- und Männerbilder in der DDR, in: Gisela Helwig/Hildegard Maria Nickel (Hrsg.), *Frauen in Deutschland 1945-1992*, Bonn, S. 23-52.
- Geißler, Rainer (1992): *Die Sozialstruktur Deutschlands*, Opladen.
- Gerhard, Ute (1994): Die staatlich institutionalisierte „Lösung“ der Frauenfrage. Zur Geschichte der Geschlechterverhältnisse in der DDR, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Helmut Zwahr (Hrsg.), *Sozialgeschichte der DDR*, Stuttgart, S. 383-403.
- Granato, Mona (2004): Qualifizierte Berufsausbildung für alle: Junge Frauen im Ost-West-Vergleich, in: *WSI-Mitteilungen*, 57. Jg., H. 10, S. 533-539.
- Gysi, Jutta/Dagmar Meyer (1993): Leitbild: berufstätige Mütter – DDR-Frauen in Familie, Partnerschaft und Ehe., in: Gisela Helwig/Hildegard Maria Nickel (Hrsg.), *Frauen in Deutschland 1945-1992*, Bonn, S. 139-165.
- Hampele, Anne (1993): „Arbeite mit, plane mit, regiere mit“ – Zur politischen Partizipation von Frauen in der DDR, in: Gisela Helwig/Hildegard Maria Nickel (Hrsg.), *Frauen in Deutschland 1945-1992*, Bonn, S.281-320.

- Helwig, Gisela (1993): Einleitung, in: Gisela Helwig/Hildegard Maria Nickel (Hrsg.), *Frauen in Deutschland 1945-1992*, Bonn, S. 9-11.
- Helwig, Gisela/Hildegard Maria Nickel (Hrsg.) (1993): *Frauen in Deutschland 1945 – 1992*, Bonn.
- Lange, Inge (1974): Aktuelle Probleme der Arbeit mit den Frauen bei der Verwirklichung der Beschlüsse des VIII. Parteitages der SED, in: dies., *Die Frauen – aktive Mitgestalterinnen des Sozialismus*, Berlin, S. 75-97.
- Lenz, Ilse (2007): *Machtmenschen, Marginalisierte, Schattenmenschen und Gleichheit*, in: *Widerspruch*, H. 52, S. 31-44.
- Meyer, Gerd (1986): *Frauen in den Machthierarchien der DDR oder: Der lange Weg zur Parität, Empirische Befunde 1971-1985*, in: *Deutschland Archiv*, 6/1986, S. 294-311.
- Meyer, Gerd (1989): *Sozialistischer Paternalismus. Strategien konservativen Systemmanagements am Beispiel der DDR*, in: Ralf Rytlewski (Hrsg.), *Politik und Gesellschaft in sozialistischen Ländern: Ergebnisse und Probleme der Sozialistische Länder-Forschung (=PVS Sonderheft 20)*, Wiesbaden, S. 426-448.
- Nickel, Hildegard Maria (1990): *Geschlechtertrennung durch Arbeitsteilung*, in: *Feministische Studien*, 8. Jg., H. 1, S. 10-19.
- Nickel, Hildegard Maria (1993): *„Mitgestalterinnen des Sozialismus“ – Frauenarbeit in der DDR*, in: Gisela Helwig/Hildegard Maria Nickel (Hrsg.), *Frauen in Deutschland 1945-1992*, Bonn, S. 233-256.
- Nickel, Hildegard Maria (1998): *Zurück in die Moderne? Kontinuitäten im Geschlechterverhältnis*, in: Hans Bertram/Klaus von Beyme/Christoph Klessmann (Hrsg.), *Deutschland im Umbruch. Funkkolleg, Studienbrief 5*, Tübingen.
- Scholz, Sylka (Hrsg.) (2007): *„Kann die das?“ Angela Merkels Kampf um die Macht, Geschlechterbilder und Geschlechterpolitiken im Bundeswahlkampf 2005*, Rosa-Luxemburg-Stiftung, *Texte 33*, Berlin.
- Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (1989): *Die Frau in der Deutschen Demokratischen Republik. Statistische Kennziffernsammlung. 4.9/229/89*, Berlin.
- Trappe, Heike (1995): *Emanzipation oder Zwang? Frauen in der DDR zwischen Beruf, Familie und Sozialpolitik*. Berlin.
- Zentralinstitut für Berufsbildung (1989): *Zur beruflichen Orientierung der Mädchen und Frauen unter den Bedingungen der umfassenden Intensivierung*, unveröffentlichtes Manuskript, Berlin.